

**Interpellation Nr. 118 (November 2025)**

25.5486.01

betreffend schädliche Sparmassnahmen bei der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz

Den Medien war zu entnehmen, dass die Pädagogische Hochschule der FHNW drastische Sparmassnahmen umsetzen muss – auch mit Stellenabbau.

Es wirkt sehr befremdlich, wenn in einer Zeit mit einem Mangel an Lehrpersonen die auch von Basel-Stadt mitgetragene Hochschule rigide Sparmassnahmen umsetzen und Personal entlassen muss. Eine solche Situation hat es bei Hochschulen, welche von Basel-Stadt mitfinanziert werden, noch nie gegeben.

Diese Massnahme deutet auf ein bewusstes oder unbewusstes Versagen der Verantwortlichen hin, schadet der Qualität der Lehre und dem Image dieser Hochschule. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese Massnahmen zu einer Bevorzugung einer anderen PH durch Studierende führen.

Falls das kommunizierte Entlastungspaket des Bundes künftig umgesetzt wird, drohen hohe Defizite für die gesamte Fachhochschule Nordwestschweiz. Durch die aktuelle Unterfinanzierung wird sich die Lage für die PH und die FHNW dann noch verschärfen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welches sind die Gründe für diese schädlichen Sparmassnahmen?
2. Erfolgte vor dem Beschluss, solch drastische Sparmassnahmen durchzuführen, Weisungen der zuständigen Regierungsmitglieder der Trägerkantone (Regierungsausschuss) an die Leitung der FHNW, die Eigenmittel der Hochschule zu reduzieren?
3. Wie sieht die Entwicklung der Eigenmittel seit 2021 bis heute aus?
4. Haben die FHNW und auch die PH seit 2021 von den Trägerkantonen die entsprechenden Mittel zum Ausgleich der phasenweise markanten Teuerung erhalten?
5. Welchen Betrag hat die FHNW von den Trägerkantonen für die Leistungsauftragsperiode 2025 bis 2028 gefordert und welcher Betrag ist letztlich gesprochen worden?
6. Welche Auswirkungen wird das geplante Entlastungspaket des Bundes im Falle einer Umsetzung auf die FHNW bzw. die PH haben?
7. Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Situation?
8. Besteht Bereitschaft, die Mitträger Aargau, Solothurn und Basel-Landschaft aufzufordern, einen Nachtragskredit zu sprechen?

Gabriel Nigon